

»Menschenrechte gehen jeden Bürger etwas an«

Seit 60 Jahren gibt es die Erklärung der Menschenrechte. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty setzt sich dafür ein, dass sie auch in Deutschland eingehalten werden. metallzeitung sprach mit Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty.

metallzeitung: Nur jeder Fünfte kann hierzulande ein Menschenrecht benennen. Macht Ihnen das Angst?

Barbara Lochbihler: Das liegt daran, dass in Deutschland Menschenrechtsverletzungen zum Glück für die meisten nicht zum Alltag gehören. Aber Fakt ist leider auch, dass sich offensichtlich die meisten zu wenig Gedanken über den Schutz von Menschenrechten machen. In Schulen oder Bildungswerken wird eben viel zu wenig über das Thema gesprochen.

metallzeitung: Das wollen Sie ja ändern.

Lochbihler: Derzeit versuchen wir – anlässlich des 60. Geburtstags der Menschenrechtserklärung – gemeinsam mit Gewerkschaften, aber auch mit Stiftungen, Schulen und Bildungswerken das Thema wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

metallzeitung: Und, gelingt Ihnen das?

Lochbihler: Wir glauben ja. Wir werden im nächsten Jahr nochmals eine Umfrage machen und dann werden wir sehen, wie viele dann ein Menschenrecht benennen können.

metallzeitung: Auch wenn es nur wenige Menschenrechtsverletzungen in Deutschland gibt, was bereitet Ihnen hier Kummer?

Lochbihler: Vor allem die Abschiebep Praxis des Innenministeriums. Wir kritisieren, dass Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Folter droht ...

metallzeitung: Zum Beispiel?

Lochbihler: Tunesien. Wir versuchen auch in Brüssel Einfluss zu nehmen, was die europäische Migrationspolitik angeht. Leider versucht sich die EU immer noch abzuschotten. Nicht-Europäer dürfen in der Regel nur dann in der EU leben, wenn sie berufliche Qualifikationen vorweisen können. Wir halten das für falsch und fordern ein neues migrationspolitisches Konzept.

metallzeitung: Die IG Metall macht sich für ein Menschenrecht ganz besonders stark: Artikel 23, »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Leiharbeiter sollen die gleichen Rechte haben wie auch die Stammbeslegschaft. Was halten sie von dieser Kampagne?

Lochbihler: Wir begrüßen diese Kampagne sehr. Auch Amnesty wird sich künftig noch stärker als bislang für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einsetzen. Nächstes Jahr werden wir vor allem das Problem »Armut und Menschenwürde« thematisieren.

metallzeitung: Weltweit werden immer noch Gewerkschafter verfolgt, gefoltert und getötet. Hat sich die Situation verbessert?

Lochbihler: Die systematische Verfolgung von Gewerkschaftern konzentriert sich auf einige Länder. Nach wie vor ist die Situation in Kolumbien besonders dramatisch. Dort wurden im vergangenen Jahr 39 Gewerkschafter umgebracht. Wir haben aber auch Fälle im Iran und in Guatemala. Und wenn man sich China genauer anschaut, werden auch dort Menschen verfolgt, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzen. Vor allem dann, wenn sie nicht in der staatlichen Gewerkschaft organisiert sind. Und: In fast allen Ländern dieser Welt werden die Rechte von Arbeitnehmern missachtet.

metallzeitung: Was kann denn der Einzelne tun, um sich für Menschenrechte einzusetzen?

Lochbihler: Menschenrechtsarbeit ist immer sehr konkret. Jeder kann sich an Protestbriefen beteiligen. Amnesty organisiert außerdem Demos und Aktionen. Und Spenden sind für unsere Arbeit natürlich auch sehr wichtig.

Das Interview führte Susanne Rohmund.

Mehr Infos zum Thema Menschenrechte und Amnesty:

<http://www.amnesty.de>

<http://www.uno.org>

Aktionen zum 60. Geburtstag der Menschenrechte:

<http://www.amnesty.de/kalender>

Informationen zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrecht:

Am 10. Dezember 1948 – nach zwei Jahren verhandeln und -ringen – ist es endlich soweit: »Ich werde Ihnen nun die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorlesen«, beginnt Präsidentengattin Eleanor Roosevelt ihre Rede vor der General-versammlung der Vereinten Nationen. In 30 Artikeln hat die Uno die Rechte definiert, die jedem Menschen zustehen sollten. Die Erklärung ist Grundlage völkerrechtlicher Verträge und vieler Staatsverfassungen. Alle Staaten, die sich den Vereinten Nationen anschließen, erkennen die Erklärung automatisch an. Leider bedeutet das nicht, dass sie auch überall geachtet werden.